

fen hatten.⁸ Die daraus folgende »Barbarisierung« der Sozialbeziehungen und der Politik kann daher nur der Böswilligkeit der Bolschewiki zugeschrieben werden. Daß der zivilisatorische Rückfall die Verteilungskämpfe (Stadt-Land-Gegensatz) bestimmte, wird mit Verweis auf menschwistische Wirtschaftskonzepte bestritten. Daß die »Massen« als Subjekte ins politische Spiel einbezogen wurden, »Massen«, die an den Vorteilen bürgerlich-kapitalistischer Ordnung bisher kaum partizipiert hatten und denen im autokratischen Rußland fast jede Form politischen Lernens verwehrt worden war, wird nicht mitbedacht, obwohl sich doch der Verfasser dem »Erfahrungshorizont« der Zeitgenossen verpflichtet sieht. Daß die Bolschewiki keine politische Konzeption besessen hätten (S. X), ist eine der weiter nicht erörterten Behauptungen der vorliegenden Studie. Dabei wird nicht zwischen Grundannahmen der Bolschewiki, wenn man so will: ihrer ideologischen Obsession, und der Implementierung ihrer idées fixes unterschieden. Denn erst die eigenartige, wenn auch verheerende Verbindung von Realpolitik und ideologischer Intransigenz erklärt viele der Verhaltensweisen zumindest der politischen Führung. Jedenfalls wäre diesem Phänomen nachzugehen, bevor man vorschnell auf die hier fast arteigen erscheinende Brutalität der Bolschewiki rekurriert.

Man hat einige Mühe, die vorliegende Arbeit einzuordnen. Sie ist keine politische Geschichte, da die politische Ebene fast völlig ausgeblendet ist. Sie ist keine Sozialgeschichte; dazu fehlt es ihr an Systematik der Fragestellung. Das Chaos der behandelten Zustände ist wohl eher unfreiwillig zum Strukturprinzip der Darstellung geworden. Eine Geschichte »von unten«, die sich am Erfahrungshorizont der Zeitgenossen orientiert, ist die Studie auch nicht, denn die subjektiven Erlebnisdimensionen weder der handelnden Personen noch der Opfer kommen zur Geltung. Statt dessen wird vor allem abgeurteilt, wobei sich der Verfasser die Kriterien aus dem Arsenal der Gegner der Bolschewiki holt. Kurz, hier liegt eine Arbeit vor, in der ungeheuer viel Material zusammengetragen wurde, in der vergeblichen Hoffnung, daß das Material für sich sprechen werde. Dem liegt die Naivität einer Geschichtsschreibung zugrunde, die glaubt, »Geschichte, wie sie wirklich war«, vorstellen zu können und die zugleich doch wenig reflektierten Vor-Urteilen aufsitzt.

Dietrich Beyrau, Bremen

Ulrich Borsdorf, Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945. Mit einem Vorwort von Heinz Oskar Vetter (= Schriftenreihe der Hans-Böckler-Stiftung 10), Bund-Verlag, Köln 1982, 391 S., geb., 29,80 DM.

Auf der Grundlage dürftiger Quellen zur Person ist es zugegebenermaßen schwierig, eine Biographie zu schreiben. Dennoch ist dieses Vorhaben im Falle von Hans Böckler, der 1947 zum Ersten DGB-Vorsitzenden gewählt wurde und dieses Amt bis zu seinem Tode 1951 innehatte, geglückt, konnte aber nur deshalb glücken, weil – wie der Verfasser überzeugend darlegt – ein Leben wie Böcklers untrennbar mit der Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung verbunden war, daraus seine Identifikation und Lebensinhalte bezog. Daher ist die vorliegende Biographie auch mehr als nur die unerläßliche Würdigung eines Mannes, dessen Name untrennbar mit der Gründung der Einheitsgewerkschaft und der Durchsetzung der Mitbestimmung verknüpft ist, also den beiden entscheidenden Neuerungen, die bis heute der Sozialverfassung der Bundesrepublik ihr spezifisches Gepräge geben. Allerdings bleibt diese politisch bedeutsamste Phase im Leben Böcklers weitgehend ausgespart. Die

⁸ *Rex Rexheuser*, Modernisierung und Revolution: Rußland im Jahre 1917, In: *K.-H. Ruffmann/H. Altrichter* (Hrsg.), »Modernisierung« versus »Sozialismus«. Formen und Strategien sozialen Wandels im 20. Jahrhundert, Erlangen 1983, S. 100–112.

Zeit nach 1945 liefert der Biographie lediglich den zentralen Bezugspunkt, und zwar sowohl hinsichtlich der Beurteilung der Person Böcklers als auch des gewerkschaftlichen Neubeginns. Vom methodischen Ansatz der Biographie her ist dieses Vorgehen gerechtfertigt, denn das »Exemplarische einer Funktionärslaufbahn« seit der Gründungs- und Aufbauphase der Gewerkschaften soll aufgezeigt werden. Dazu eignet sich der Werdegang Böcklers, der als DGB-Vorsitzender nach dem Krieg erstmals ein Wahlamt innehatte, im besonderen Maße. Die Erfahrung der proletarischen Existenz als einer in jeder Hinsicht diskriminierten Existenz bestimmte die erste Hälfte seines Lebens im Deutschen Kaiserreich und gab nicht nur Böckler, sondern der sozialistischen Arbeiterbewegung allgemein das moralisch-ethische Rüstzeug für den Emanzipationskampf der Arbeiterschaft. Wie die meisten aktiven Gewerkschafter und Gewerkschaftsmitglieder jener ersten Generation kam auch Böckler als Metallschläger in Fürth aus dem Milieu des handwerklichen Kleingewerbes, das er mit 28 Jahren, als er hauptamtlicher Gewerkschaftsbeamter des DMV wurde, für immer verließ. Somit läßt sich an der Biographie Böcklers gleichzeitig der Prozeß der verbandsorganisatorischen Verfestigung und Bürokratisierung der Gewerkschaften veranschaulichen, der mit dazu beitrug, daß sich die gewerkschaftspolitische Priorität vom Klassenkampf weg auf die Besitzstandswahrung verlagerte. Böckler repräsentierte den neuen Typus des Gewerkschaftsfunktionärs, den Arbeitersekretär, der nicht von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt wurde, sondern vom Verband angestellt war. In dieser Funktion lernte er vor und im Ersten Weltkrieg die repressiven Verhältnisse in der großbetrieblichen Schwerindustrie an der Saar und in Oberschlesien kennen, nach dem Krieg wurde er DMV-Bezirksleiter im Rheinland. Stets war sein Betätigungsfeld die praxisorientierte, zähe gewerkschaftliche Aufbauarbeit, die unermüdliche Organisationsarbeit, Effizienz und Sachkenntnis, kluges Taktieren und Verhandlungsgeschick erforderte, sei es als Organisator und Agitator, soziale Beratungs- und Informationsinstanz für die Arbeiter, als tariflicher Verhandlungspartner der Arbeitgeber oder später in der Weimarer Republik zusätzlich als Stadtverordneter in Köln oder seit 1928 Reichstagsabgeordneter in Berlin. In programmatischen Fragen oder Auseinandersetzungen dagegen, selbst wenn sie mit aller Schärfe innerhalb der Gewerkschaften oder auch im Konflikt mit der SPD ausgetragen wurden, wie das z. B. bei der Massenstreikdebatte vor dem Krieg oder der Rätefrage nach dem Krieg oder dem Bruch der Großen Koalition 1930 der Fall war, scheint Böckler größte Zurückhaltung geübt zu haben. Zumindest öffentlich bezog er nie Stellung, obwohl er schon vor dem Ersten Weltkrieg zur oberen, wenn auch nicht höchsten Führungsschicht der sozialistischen Gewerkschaften zählte. Trotzdem trifft das Bild eines unauffälligen Gewerkschaftsbürokraten nicht. Wie der Verfasser überzeugend herausarbeitet, dachte Böckler nicht in abstrakten, sondern in handfesten moralischen Kategorien. Für ihn war das Recht der Arbeiterschaft auf wirtschaftliche und politische Gleichstellung nicht kompromißfähig, durfte ein demokratischer Staat nicht auf die Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse verzichten. Vielleicht war es dieses moralische Denken und Handeln, das zum machtpolitischen Scheitern der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik beitrug. Diese Vermutung drängt sich nicht allein bei dem als »Verrat« der Arbeitgeber interpretierten Zusammenbruch der während der Revolution 1918 eingegangenen Arbeitsgemeinschaft auf. Da Borsdorf den Menschen und Gewerkschaftspolitiker Böckler durch dessen politisches Umfeld zu fassen versucht, skizziert er zugleich auch die politische Entwicklung vom Kaiserreich bis zum Scheitern der Weimarer Republik, läßt er die mehr oder minder bedeutenden Personen, die Böcklers Kollegen oder politische Widersacher waren, wie z. B. der Kölner Oberbürgermeister und spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer, Revue passieren. Dadurch bietet diese ohnehin überaus anschauliche und lesbare Biographie nicht nur eine Fülle an Informationen, sondern ist auf der analytischen Ebene zugleich auch eine sehr sensible Untersuchung über die Traditionen und inneren Gegensätze der sozialistischen Arbeiterbewegung, über die Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik und die Schlußfolgerungen, die sich daraus für den gewerk-

schaftlichen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg ergaben. Grob umrissen, wird dabei zum einen sichtbar, daß die national verantwortliche, legalistische Kooperations- und Tolerierungspolitik der sozialistischen Arbeiterbewegung, wie sie auch von Böckler maßgeblich mitgetragen wurde, in der Weimarer Republik letztlich zum Scheitern verurteilt war, weil wichtige Teile der bürgerlichen Bevölkerung, vor allem der Unternehmerschaft, nicht bereit waren, die revolutionär errungene und verfassungsmäßig verankerte politische und wirtschaftliche Gleichstellung der Arbeiterschaft zu akzeptieren. Zum anderen aber zeigt sich ebenfalls deutlich, daß hinter der verbalen Radikalität von Arbeiterführern wie Böckler zwar moralisches Anspruchsdenken, aber wenig machtpolitisches Kalkül stand, was zudem auch dazu diente, Konzeptionslosigkeit und politische Handlungsunfähigkeit zu bemänteln. Weder 1919 noch 1945 war das Ende des Kapitalismus absehbar, wie Böckler vermeinte, jedoch waren nach dem Zweiten Weltkrieg die Chancen für die Integration der Arbeiterschaft in eine pluralistische und demokratisch verfaßte Gesellschaft ungleich besser.

Irmgard Steinisch, Berlin

Georg Fülberth, *Konzeption und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik 1918–1933*. Ein Anfang (= Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung 47), Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1984, 208 S., kart., 20 DM.

Georg Fülberth, *Die Beziehungen zwischen SPD und KPD in der Kommunalpolitik der Weimarer Periode 1918/19 bis 1933* (= Pahl-Rugenstein-Hochschulschriften Gesellschafts- und Naturwissenschaften 198), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1985, 583 S., kart., 70 DM.

Das Mißverhältnis zwischen der wissenschaftlichen Erschließung der sozialdemokratischen Kommunalpolitik in der Weimarer Republik und ihrer tatsächlichen Bedeutung für die Arbeiterbewegung und generell für die Funktionstüchtigkeit des Weimarer Staates läßt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen. Historiographische und parteidogmatische Gründe spielen dabei eine ebenso große Rolle wie Probleme der ungefügen Quellenlage und konzeptionelle oder methodische Schwierigkeiten. Bei eingehenderem Nachdenken zeigt sich nämlich, daß kommunale Politik nicht einfach Entscheidungsfindung über lokale Verwaltung ist, sondern eine komplizierte und in das Zentrum des Staatsverständnisses hineinreichende Funktion des politischen Gesamtsystems, die als Ursachen- und Wirkungsfaktor auf allen Entscheidungsebenen wiederkehrt. Der überregionale Systemcharakter, die wechselseitige Beeinflussung zwischen allgemeinen politischen und sozialen Prozessen und der kommunalen und lokalen Sozialgeschichte erschweren die Wahl der Analyse-Ebene und der örtlichen Schwerpunkte. Mit exemplarischen Fallstudien über einzelne Städte und Gemeinden und deren komparatistische Betrachtung wird sich daher Kommunalgeschichte kaum hinreichend darstellen lassen. Es ist daher nur zu berechtigt, daß Fülberth mit seinen beiden Studien, die »ein Anfang« für die weitere Beschäftigung mit dem Thema sein sollen, sofort einen generellen Zugriff wählt, in dem einen Fall das Spannungsverhältnis von »Konzeption und Praxis« und in dem anderen Fall die Beziehungen von SPD und KPD.

Der an der Programmatik orientierte Versuch einer ersten Überblicksdarstellung zeichnet sich durch das Bemühen aus, sowohl die objektiven Rahmenbedingungen als auch die von den verschiedenen sozialistischen Richtungen daraus abgeleiteten Folgerungen möglichst sachbezogen und in informatorischer Absicht zu referieren. Allerdings begnügt sich die Skizze der verfassungsrechtlichen und finanzpolitischen Grundsatzentscheidungen und der verwaltungsgeschichtlichen Voraussetzungen mit der Wiedergabe der Fakten in groben Umrissen, ohne den Umfang und die Motive der sozialdemokratischen Mitwirkung an der Weimarer Verfassungspolitik näher zu erläutern. Immerhin wird deutlich erkennbar, daß